

*Udo Wengst*

## „1968“ als Gegenstand der Kommunikations- und Bewegungsforschung

Erkenntnisfortschritt oder Begriffsakrobatik?

### 1. Das Jahr 1968 als Kommunikationsereignis

Ingrid Gilcher-Holtey hat wie nur wenige andere „1968“ zu ihrem zentralen Thema erkoren. Aus ihrer Feder liegt eine ganze Reihe gewichtiger Studien dazu vor<sup>1</sup>, wobei ich insbesondere ihre Darstellung „1968. Eine Zeitreise“ hervorheben möchte, da hier überzeugend „1968“ als internationales Phänomen herausgearbeitet wird<sup>2</sup>. Einige Überlegungen dieses Buches greift Ingrid Gilcher-Holtey in ihrer Einleitung zum vorliegenden Band auf, wobei sich die einzelnen Beiträge im Wesentlichen auf die Bundesrepublik konzentrieren.

Worum geht es? In einem von Ingrid Gilcher-Holtey geleiteten Teilprojekt „1968 – ein Kommunikationsereignis“, das im Rahmen des Bielefelder Sonderforschungsbereichs „Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte“ betrieben wurde, ist „1968“ in Form von „Konstellationsanalysen“ untersucht worden. In den Blick kommen

„die Wirkung der 68er-Bewegung auf ausgewählte kulturelle Institutionen, die Vermittlung der Leitideen der Bewegung in diesen und durch sie sowie die Prägung, die die 68er-Bewegung selbst durch Entwicklungen im Feld der kulturellen Produktion (immanente Entwicklungstendenzen, gegenläufige Interessen, Gelegenheitsstrukturen, Rahmungen)“<sup>3</sup>.

Obwohl sich Ingrid Gilcher-Holtey und ihre jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Problems von Beginn an bewusst waren, wie schwierig es sein würde, kulturelle oder politische Veränderungen dem Wirken einer bestimmten sozialen Bewegung (hier den 68ern) zuzuordnen, gehen sie von der Annahme bestehender „Wechselwirkungen zwischen dem Feld der kulturellen Produktion und dem politischen Feld“ aus. Mit Bezug auf Aussagen

<sup>1</sup> Vgl. die Arbeiten oder von Ingrid Gilcher-Holtey herausgegebenen Aufsätze: Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA, München 2001, und Vom Ereignis zum Mythos, Frankfurt a. M. 2008.

<sup>2</sup> Ingrid Gilcher-Holtey, 1968. Eine Zeitreise, Frankfurt a. M. 2008.

<sup>3</sup> Ingrid Gilcher-Holtey in der Einleitung zu diesem Band, S. 8; die folgenden Zitate finden sich ebenda, S. 8f.

des französischen Soziologen Pierre Bourdieu formuliert Ingrid Gilcher-Holtey als Prämisse des Bandes die Absicht, den kulturpolitischen Diskurs der 68er (sowohl intern als auch extern) darauf hin abzuklopfen, inwieweit „etablierte Sehweisen“ aufgebrochen wurden und dadurch eine „Horizont-Verschiebung“ eingeleitet wurde, die – möglicherweise – zu einer „Wahrnehmungsrevolution“ geführt hat.

## 2. Das Projekt „1968 – ein Kommunikationsereignis“ in Resümees

Vermessen wird ein weit gespanntes Feld. Gegenstände der einzelnen Arbeiten sind die Zeitschrift „Kursbuch“, die politischen Auseinandersetzungen im Theater, die Konflikte um die „journalistische Selbstbestimmung“, die Rolle des Fernsehens, die Interessengegensätze zwischen Verlegern und Autoren und ihre Auswirkungen, schließlich der Kampf um die Erinnerung der 68er-Bewegung in deutsch-französischer Perspektive<sup>4</sup>.

Den Auftakt macht Henning Marmulla, der Hans Magnus Enzensberger und das „Kursbuch“ behandelt. Nach einem theoretischen Vorspann – auf den weiter unten einzugehen ist – stellt er zunächst das Projekt der „Revue Internationale“ vor, das nie verwirklicht wurde. Laut Marmulla scheiterte das Vorhaben, obwohl allen „Beteiligten die Notwendigkeit einer internationalen Kollektivität bewusst“ gewesen sei, daran, dass die Mehrzahl der Akteure „in der praktischen Arbeit“ die notwendige Reife gefehlt habe<sup>5</sup>. Das von Hans Magnus Enzensberger von 1965 bis 1970 mitherausgegebenen „Kursbuch“ war ein deutsches Projekt, in dem jedoch viele „Themen aus einer internationalen Perspektive wahrgenommen und analysiert wurden“<sup>6</sup>. In seinen Ausführungen konzentriert sich Marmulla sehr stark auf Enzensberger. Er bescheinigt ihm, dass er sich an den Ideen der Neuen Linken orientiert habe und mit Hilfe des Protestes der jungen Intelligenz eine „Wahrnehmungsänderung“ herbeiführen wollte, die „auf weite gesellschaftliche Kreise“ zielte<sup>7</sup>. Deshalb habe sich Enzensberger selbst an den Aktionen

<sup>4</sup> Erschienen sind bisher folgende Arbeiten: Dorothea Kraus, Theater-Proteste. Zur Politisierung von Straße und Bühne in den 1960er Jahren, Frankfurt a.M. 2007; Meike Vogel, Unruhe im Fernsehen. Protestbewegung und öffentlich-rechtliche Berichterstattung in den 1960er Jahren, Göttingen 2011; Henning Marmulla, Enzensbergers Kursbuch. Eine Zeitschrift um 68, Berlin 2011.

<sup>5</sup> S. 19 in diesem Band.

<sup>6</sup> S. 16 in diesem Band.

<sup>7</sup> S. 21 in diesem Band.

der 68er-Bewegung beteiligt. Als diese zerfiel, habe sich Enzensberger von seiner „revolutionären Hoffnung“ verabschieden müssen, gleichwohl habe er – so Marmulla – weiterhin als Schriftsteller nach dem „richtigen Leben“ gesucht. Dies führt Marmulla zu der Schlussfolgerung: „Das, was um ‚68‘ gesucht wurde, muss noch immer gefunden werden.“<sup>8</sup>

Dorothea Kraus betont eingangs, dass für „Teile der APO“ das Theater „eine zentrale Rolle als Element der Mobilisierung nach innen und außen“ gespielt habe. Es habe dazu beigetragen, „politische Themen umzudeuten und eine Politisierung des bisher Unpolitischen zu bewirken“. Aus diesem Grund – so die Verfasserin weiter – sei es an diesem Beispiel möglich, „die Eigenlogik und historische Relevanz der 68er-Bewegung, ihre Mobilisierungsdynamik und Wirkung innerhalb der westdeutschen Wandlungsprozesse in den 1960er Jahren differenziert zu erfassen“<sup>9</sup>. Die Untersuchung selbst konzentriert sich auf vier Themenfelder: die Proteste gegen die Notstandsgesetzgebung im Mai 1968, die Auseinandersetzung „um die Definition eines politischen Theaters“, „*Happening* und Straßentheater als Protestformen der 68er-Bewegung“ sowie die „Demokratisierungsprozesse im Berufstheater ab Ende der 1960er Jahre“<sup>10</sup>.

Als Ergebnis der Analysen von Dorothea Kraus kann man – etwas vereinfacht ausgedrückt – feststellen, dass das Verhältnis der APO zum Theater (in seinen verschiedenen Ausprägungen) stets durch „Annäherung und Abgrenzung, Politisierung und Entpolitisierung“ geprägt war<sup>11</sup>, wobei die grundlegende Distanz zwischen Theater und 68er-Bewegung letztlich unüberwindbar gewesen sei<sup>12</sup>. Dennoch hält die Verfasserin abschließend fest, dass die „Protestereignisse sowie die Leitideen der APO [...] theaterinterne Auseinandersetzungen über Funktion und Aufgabe des Theaters“ verstärkt und „praktische Impulse für institutionelle Veränderungen“ gegeben hätten<sup>13</sup>.

In dem dritten Beitrag erörtert Björn Lück das Problem, inwieweit der Kampf um die „journalistische Selbstbestimmung“, die zahlreiche Redakteure ausgangs der 1960er Jahre gegen die Verleger führten, aus dem Umfeld der Protestbewegung „hervorgewachsen“ und „vorangetrieben“ worden seien<sup>14</sup>. Er untersucht dies in erster Linie am Beispiel des „Spiegel“ und der

<sup>8</sup> S. 27 in diesem Band.

<sup>9</sup> S. 31 in diesem Band.

<sup>10</sup> Ebenda.

<sup>11</sup> S. 40 in diesem Band.

<sup>12</sup> Vgl. S. 36 in diesem Band.

<sup>13</sup> S. 45 in diesem Band.

<sup>14</sup> S. 48 in diesem Band.

„taz“. In der Redaktion des „Spiegel“ beehrten 1964 die Redakteure gegen das Regiment Rudolf Augsteins auf, indem sie eine „demokratische Mitbestimmung der Produzenten“ forderten. Durchzusetzen vermochten sie sich nicht, erreichten jedoch eine Gewinnbeteiligung. Mit der „taz“ gelang hingegen ab 1979 die Gründung einer Zeitung mit einem „selbstverwalteten Verlag“ und damit die Gründung einer „Gegeninstitution“, die bis heute existiert.

Inwieweit jedoch – stellt sich die Frage – waren die geschilderten Vorgänge Ergebnisse der 68er-Bewegung? Die Antwort hierauf ist schwierig, weil „sich die 68er-Bewegung in Reaktion auf die Pressekonzentration andere Ideen auf die Fahne geschrieben“ habe, „als Journalisten und Redakteure“, die die Pressefreiheit mit der Öffentlichkeit nicht teilen wollten<sup>15</sup>. Gleichwohl stellt der Verfasser abschließend fest, dass die 68er-Bewegung „im Sinne einer ‚politischen Gelegenheit‘ Wirkung“ erzielt habe, „und zwar auch dort, wo keine Redakteure, die mal mehr, mal weniger als Akteure der Bewegung charakterisiert werden können“, in den Verlagen arbeiteten<sup>16</sup>.

Mit dem Fernsehen rückt Meike Vogel ein Thema in den Fokus, das nicht nur für die öffentliche Wahrnehmung der Protestbewegung von besonderer Bedeutung war, sondern das auch „als Akteur im Kampf um den politischen Raum agierte“<sup>17</sup>. Dies verdeutlicht Vogel insbesondere am Tenor der Berichterstattung, indem sie zeigt, dass sich zahlreiche Beiträge von den Forderungen und Maximen nach „Ruhe und Ordnung“ abgrenzten und „die staatlichen Reaktionen auf die Proteste“ kritisierten<sup>18</sup>. Diese Haltung führt Vogel nicht zuletzt darauf zurück, dass die Fernsehjournalisten durch die Orientierung an der Maxime „Ruhe und Ordnung“ auch ihre eigene „journalistische Freiheit“ bedroht gesehen und sich daher gegen „Beschränkungen und Einwirkungen“ etwa der Rundfunkräte „vehement“ zur Wehr gesetzt hätten<sup>19</sup>.

In ihrem Fazit hebt Vogel hervor, dass es in der Fernsehberichterstattung über die 68er zwei Politikverständnisse gegeben habe: „einerseits ein staatsnahes Verständnis“ und „andererseits ein partizipatives Verständnis“. Obwohl sie betont, dass dieser Konflikt nicht unbedingt neu gewesen und in „Teilöffentlichkeiten und intellektuellen Diskursen“ bereits vorher geführt worden sei, weist sie nachdrücklich darauf hin, dass erst die umfängliche

<sup>15</sup> S. 63 in diesem Band.

<sup>16</sup> S. 64 in diesem Band.

<sup>17</sup> S. 66 in diesem Band.

<sup>18</sup> S. 75 in diesem Band.

<sup>19</sup> S. 79 in diesem Band.

Fernsehberichterstattung über die Proteste ausgangs der 1968er Jahre zu neuer „Visualisierung“ und einer „massiven Verhandlung innerhalb einer massenmedialen Öffentlichkeit“ geführt und damit den Diskurs auf „breitere gesellschaftlicher Front“ durchgesetzt habe. Deshalb kann es für Vogel an der Bedeutung von „1968“ keinen Zweifel geben. Denn die damit im Zusammenhang geführten Debatten und Diskurse – so ihre abschließende Feststellung – erreichten „erstmalig eine massenmediale breitenwirksame Öffentlichkeit“<sup>20</sup>.

Der Beitrag von Claus Kröger wendet sich Vorgängen im Verlagswesen zu. Ausgangspunkt ist der sogenannte Lektorenaufstand bei Suhrkamp gegen Verleger Siegfried Unseld Anfang 1969. Als die Lektoren mit ihrem Vorhaben scheiterten, Unseld eine neue Verlagsverfassung mit größeren Mitbestimmungsrechten für die Lektoren abzuringen, verließen sie Suhrkamp und gründeten den Verlag der Autoren. Hierbei handelte es sich um ein Unternehmen „mit sozialistischem Anspruch in einer kapitalistischen Umwelt“, das bis heute existiert<sup>21</sup>. Die Gründungsmitglieder waren durchaus von den Ideen der 68er-Bewegung inspiriert, so dass der Verlag der Autoren, dem „die Vermittlung zwischen Theorie und Praxis in einer selbstverwalteten Organisation“ geglückt ist, durchaus als ein Beispiel angeführt werden kann, wo die Umsetzung von Ideen im Umkreis der 68er-Bewegung gelungen ist<sup>22</sup>.

Der letzte Beitrag, für den Silja Behre verantwortlich zeichnet, widmet sich dem Kampf um die Erinnerung der 68er-Bewegung und rundet den Themenbogen ab. Dabei fokussiert die Autorin ihre Fragen erstens auf „die Auseinandersetzung um die Möglichkeit von Utopien [für] die Wahrnehmung von ‚68‘“; zweitens auf die „Divergenzen [...] innerhalb der 68er-Bewegung“, die sich „nach deren Zerfall im Streit um Erfolg oder Scheitern fortsetzten“; drittens untersucht sie, „wer definierte, was von ‚68‘ erinnert werden sollte“ – und dies jeweils in deutsch-französischer Perspektive<sup>23</sup>.

Dabei werden Ähnlichkeiten und Unterschiede deutlich. So ist etwa unter Punkt eins festzuhalten, dass sich in beiden Ländern die Diskussion über die Utopie beziehungsweise den Utopieverlust mit der Deutung der 68er-Bewegung als einer eigenen Generation verband. Unter Punkt zwei erfolgt eine Auseinandersetzung mit der These, dass „68“ zwar politisch gescheitert, aber kulturell erfolgreich gewesen sei. Dagegen wurde jedoch von Reprä-

<sup>20</sup> S. 81 in diesem Band.

<sup>21</sup> S. 92 in diesem Band.

<sup>22</sup> S. 94 in diesem Band.

<sup>23</sup> S. 96 in diesem Band.

sentanten der Bewegung sowohl in Frankreich als auch in Deutschland eingewandt, dass dies nur gelte, wenn man einen „traditionellen Politikbegriff“ zugrunde lege, nicht jedoch, wenn man das Politikverständnis der 68er-Bewegung als Maßstab heranziehe<sup>24</sup>.

Sehr interessant sind die Ausführungen zu Punkt drei, da es hier große Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich gibt. In Deutschland – so die Verfasserin – seien „Bewegungsakteure“ zu „Erinnerungsunternehmen“ geworden. Es gebe daher die Tendenz, dass die „Bewegungsakteure“ danach strebten, die „Deutungshoheit über die eigene Vergangenheit“ und damit über „68“ zu erlangen<sup>25</sup>. Ganz anders in Frankreich, wo es starke Bestrebungen gebe, den „Bewegungsakteuren die Deutungshoheit über die 68er-Bewegung abzuspochen“<sup>26</sup>. Mit Blick darauf stellt Behre abschließend fest, dass die Erinnerungsgeschichte der 68er-Bewegung eine „Kampfgeschichte um das Ende des Horizonts“ sei<sup>27</sup>.

### 3. Kritische Anmerkungen zum Begriffsinstrumentarium der Kommunikations- und Bewegungsforschung

Es gibt keine neuere Gesamtdarstellung zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die „1968“ nicht einen gewichtigen Platz einräumt. Dies möchte ich an drei Beispielen kurz demonstrieren. Da ist zunächst auf Manfred Görtemaker zu verweisen, der 1999 die 68er unter der Überschrift „Umgründung der Republik“ abhandelte und den „Ideen von ‚1968‘“ bescheinigte, in die politische Parteienlandschaft eingesickert zu sein und dadurch großen Anteil an den Veränderungen in der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren gehabt zu haben<sup>28</sup>. Nicht viel anders fällt das Urteil von Peter Graf Kielmansegg aus. Für ihn ist „1968“ „das Epochenjahr in der Lebensgeschichte der westdeutschen Demokratie“<sup>29</sup>. Obwohl er es für schwierig hält, konkrete Angaben darüber zu machen, wie die „gesellschaftlichen Entwicklungen der siebziger und achtziger Jahre mit der Studentenrevolte der sechziger Jahre“ verbunden sind, ist es für ihn offensichtlich, dass der Studentenprotest

<sup>24</sup> S. 102 in diesem Band.

<sup>25</sup> S. 107 in diesem Band.

<sup>26</sup> S. 108 in diesem Band.

<sup>27</sup> S. 110 in diesem Band.

<sup>28</sup> Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 490.

<sup>29</sup> Peter Graf Kielmansegg, *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschlands*, Berlin 2000, S. 326; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 330.

wesentlich mitgeholfen habe, „bestimmte neue Leitideen, die mit dem einsetzenden Wertewandel an Bedeutung gewinnen mussten, rasch ins Zentrum der gesellschaftlichen Diskussion und dann auch auf die Agenda der Politik zu befördern“. Als letztes sei auf Eckart Conze verwiesen, der „1968“ nicht nur als „Folge einer fundamentalen Politisierung der westdeutschen Gesellschaft“ bewertet, sondern „1968“ als „Teil eines Demokratisierungsschubs“ bezeichnete, der dieser Entwicklung „zusätzlichen Elan“ verliehen habe<sup>30</sup>.

Alle drei Autoren nehmen den herausgehobenen Stellenwert von „1968“ für die Geschichte der Bundesrepublik als evident an. Problematisch ist jedoch, dass sich der Zusammenhang von 68er-Bewegung und politischem und gesellschaftlichem Wandel leichter behaupten als empirisch nachweisen lässt. Dies trifft allerdings auch für die Spezialliteratur über dieses Thema zu. Die Mehrzahl der in den letzten Jahren in der Bundesrepublik über „1968“ erschienenen Veröffentlichungen sieht in der 68er-Bewegung einen geschichtsmächtigen Akteur, dessen Wirkung auf die weitere Entwicklung in der Bundesrepublik nicht überschätzt werden könne<sup>31</sup>. Dagegen stehen jedoch die Bewertungen von Autoren wie Ulrich Herbert und auch Norbert Frei, die in den 68ern lediglich Epigonen der 45er-Generation erblicken und deshalb deren Bedeutung für den politischen und gesellschaftlichen Wandel in der Bundesrepublik vergleichsweise gering veranschlagen<sup>32</sup>. Auch ein Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte, das „1968“ in eine längerfristige Perspektive stellt, relativiert den Einfluss der 68er-Bewegung auf die Geschichte der Bundesrepublik<sup>33</sup>. „1968“ ist daher noch lange nicht ausdiskutiert, und es stellt sich deshalb die Frage nach dem Stellenwert vorliegender Beiträge für die Diskussion über „68“.

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass die Relevanz der einzelnen Beiträge durchaus unterschiedlich zu beurteilen ist. Während Meike Vogel mit ihrer Untersuchung über die Rolle des Fernsehens und Dorothea Kraus

<sup>30</sup> Eckart Conze, *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München 2009, S. 354.

<sup>31</sup> Eine Übersicht über die im „Jubiläumsjahr“ 2008 erschienene Literatur in: Udo Wengst, „1968“ – 40 Jahre danach, in: *sehpunkte* 9 (2009) Nr. 1; [www.sehpunkte.de/2009/01/14414.html](http://www.sehpunkte.de/2009/01/14414.html).

<sup>32</sup> Ulrich Herbert, *Liberalisierung als Lernprozess. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze*, in: ders. (Hrsg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*, Göttingen 2002, S. 44–49; ähnlich – aber weniger entschieden – Norbert Frei, *1968. Jugendrevolte und globaler Protest*, München 2008, S. 131f.

<sup>33</sup> Udo Wengst (Hrsg.), *Reform und Revolte. Politischer und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik Deutschland vor und nach 1968*, München 2011.

mit ihren Ausführungen über das Theater sich Phänomenen zuwenden, die direkt große Teile der Gesellschaft in den Diskurs einbezogen, ist dies bei den anderen Beiträgen nur bedingt oder überhaupt nicht der Fall. So ist der Kampf um die journalistische Selbstbestimmung noch von einer größeren Öffentlichkeit wahrgenommen worden, während es sich bei den Ausführungen über das „Kursbuch“ und die Gründungsgeschichte des Verlags der Autoren nur um eine reine Intellektuellendebatte beziehungsweise eine mehr oder weniger bedeutsame Arabeske am Rand des Geschehens handelte. Einen Sonderfall stellt der Beitrag von Silja Behre über die Deutung von „68“ ex post dar, da er sich auf Deutschland und Frankreich bezieht und damit eine Vergleichsperspektive einnimmt.

Sicherlich kann man die Frage aufwerfen, ob sich nicht andere Themenbereiche angeboten hätten. Zumindest aber wäre es wünschenswert gewesen, dass Ingrid Gilcher-Holtey in der Einleitung zum vorliegenden Band die Thementauswahl begründet hätte. Im Unterschied zu anderen Forschungsprojekten zu „1968“ wie etwa „Reform und Revolte“ des Instituts für Zeitgeschichte, in denen die Erschließung neuer Quellenbestände von Bedeutung war<sup>34</sup>, ist dies für Ingrid Gilcher-Holtey und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht so wichtig. So spielt nur im Beitrag von Meike Vogel die Heranziehung neuer Quellen eine herausgehobene Rolle. Ansonsten setzt das Projekt programmatisch eher auf die Anwendung theoretischer Annahmen und Modelle, mit deren Hilfe weiterführende Erkenntnisse gewonnen werden sollen. Deshalb muss der Band vor allem daran gemessen werden, ob ihm das gelingt. Oder mit anderen Worten: Ist das Begriffsinstrumentarium der Kommunikations- und Bewegungsforschung geeignet, die Wirkung von „1968“ für die Geschichte der Bundesrepublik genauer zu bestimmen?

Ingrid Gilcher-Holtey hat im Titel des Bandes „1968“ als eine „Wahrnehmungsrevolution“ bezeichnet, diese Aussage aber mit einem Fragezeichen versehen. In ihrem bereits erwähnten Buch „1968. Eine Zeitreise“ gibt es ein Kapitel, das ebenfalls unter dieser Überschrift steht, jedoch ohne Fragezeichen. Eine *expressis verbis* bezeichnete Definition des Begriffs findet

<sup>34</sup> Vgl. Patrick Bernhard, *Zivildienst zwischen Reform und Revolte. Eine bundesdeutsche Institution im gesellschaftlichen Wandel 1961–1982*, München 2005; Bastian Hein, *Die Westdeutschen und die Dritte Welt. Entwicklungspolitik und Entwicklungsdienste zwischen Reform und Revolte 1959–1947*, München 2006; Anne Rohstock, *Von der „Ordinarienuniversität“ zur „Revolutionszentrale“? Hochschulreform und Hochschulrevolte in Bayern und Hessen 1957–1976*, München 2010; Manfred Kittel, *Marsch durch die Institutionen? Politik und Kultur in Frankfurt nach 1968*, München 2011; Elisabeth Zellmer, *Töchter der Revolte? Frauenbewegung und Feminismus in den 1970er Jahren in München*, München 2011.



sich dort nicht. Man geht aber nicht fehl in der Annahme, wenn man sie in folgenden beiden Sätzen zu finden glaubt: Die Neue Linke strebte danach, „die Machtverhältnisse in Staat und Gesellschaft zu ändern, indem sie die Denk- und Wahrnehmungsschemata der Menschen auf den Kopf stellte. Verändern sich die Vorstellungen von der Gesellschaft, so das Credo, dann verändere sich auch die Einstellung zur Gesellschaft und das Handeln in der Gesellschaft.“<sup>35</sup> In ihrer Einleitung zum vorliegenden Band spricht Ingrid Gilcher-Holtey von einer „Politik der Wahrnehmung“ der 68er-Bewegung, die darauf hinausgelaufen sei, mit „performativen, provokativen, direkten Aktionen und der Strategie der ‚begrenzten Regelverletzung‘ [...] die Sehweise auf die etablierte Ordnung zu verändern“<sup>36</sup>.

Ansonsten findet sich eine explizite Definition des Begriffs „Wahrnehmungsrevolution“ im vorliegenden Band nur im Beitrag von Hennig Mar-mulla. Dabei rekurriert er auf Pierre Bourdieu, den er wie folgt paraphrasiert: Die Wahrnehmung der Welt werde bestimmt „durch die im politischen Feld artikulierten und umkämpften Deutungsangebote der darin konkurrierenden Akteure“<sup>37</sup>. Dem liegt ein weiterer Politikbegriff zugrunde, der insbesondere darauf abhebt, dass das Politische aus kommunikativen Aushandlungsprozessen resultiere und so einem ständigen Prozess der Re-definition unterliege, der im Ergebnis zu Wahrnehmungsveränderungen, Wahrnehmungsverschiebungen oder auch Wahrnehmungsrevolutionen führe.

In zwei anderen Beiträgen wird ebenfalls mit dem Begriff der Wahrnehmung hantiert. Dorothea Kraus tut dies, ohne ihn zu definieren oder gar zu problematisieren. So stellt sie lediglich lapidar fest: „Leitideen und Deutungsmuster müssen wahrnehmbar sein, um wirksam zu werden.“<sup>38</sup> Etwas anders stellt sich die Sache bei Silja Behre dar. Während sie Wahrnehmung einerseits im landläufigen Sinne verwendet, bezieht sie sich an anderer Stelle auf das Konzept des Wahrnehmungsprogramms, wie es Pierre Bourdieu definiert hat. Er bezeichnet damit „rituelle Ausdrucksformen“, die „mit einem bestimmten Anspruch auf symbolische Autorität“ eine „bestimmte Vorstellung von der sozialen Welt“ durchzusetzen suchen<sup>39</sup>. Das gängige Wahrnehmungsprogramm für „68“, das das politische Scheitern

<sup>35</sup> Gilcher-Holtey, 1968, S. 203.

<sup>36</sup> S. 9 in diesem Band.

<sup>37</sup> S. 14 in diesem Band.

<sup>38</sup> S. 38 in diesem Band.

<sup>39</sup> Pierre Bourdieu, Was heißt sprechen? Zur Ökonomie des sprachlichen Tausches, Wien <sup>2</sup>2005, S. 100.

und den kulturellen Erfolg der Protestbewegung gegenüberstellt, will Silja Behre mit einem Erinnerungsbegriff in Anlehnung an Maurice Halbwachs überwinden. Diese Erinnerungskonstruktion zielt darauf ab, in den „Wahrnehmungskonkurrenzen nicht nur die Zeitebenen Gegenwart und Vergangenheit aufeinander [zu] beziehen, sondern zugleich immer auch die Zukunft zu definieren“<sup>40</sup>.

Ein zweiter Begriff, der zunächst leitmotivisch eingeführt, dann aber nicht definiert und auch kaum angewandt wird, ist die „Horizont-Verschiebung“ oder auch Grenzverschiebung. Soweit ich sehe, benutzen ihn lediglich Ingrid Gilcher-Holtey in der Einleitung, Björn Lück im Zusammenhang mit Journalisten der Protestbewegung, die eine „Horizont-Verschiebung“ im Bereich kognitiver Möglichkeitsräume“ betrieben hätten<sup>41</sup>, und Silja Behre am Ende ihres Beitrags, in dem sie von einer „Kampfgeschichte um das Ende des Horizonts“ spricht.

Das ist alles sehr abstrakt formuliert, und es bleibt die Frage unbeantwortet, was denn inhaltlich jeweils gemeint ist. Um es deutlicher zu formulieren, so vermisste ich, um die oben angegebene Definition von Ingrid Gilcher-Holtey aufzugreifen, in der Mehrzahl der Beiträge konkretere Angaben, wie sich in den jeweils untersuchten Bereichen die „Vorstellungen von der Gesellschaft“, die „Einstellung zur Gesellschaft und das Handeln in der Gesellschaft“ verändert und ob diese nur vorübergehend oder auf Dauer Wirkung erzielt haben. Zudem erschließt sich mir in den meisten Fällen nicht der Zusammenhang zwischen den theoretischen Überlegungen und den jeweiligen empirischen Analysen. Oder anders ausgedrückt: Die Mehrzahl der Untersuchungen käme oder kommt auch ohne das programmatisch eingeführte, aber nicht inhaltlich ausgefüllte oder durchgängig angewandte Begriffsinstrumentarium aus.

Ingrid Gilcher-Holtey hat wiederholt darauf hingewiesen, dass sich „die Bestimmung des Einflusses sozialer Bewegungen auf politische, soziale und kulturelle Entwicklungen [...] einer direkten Zuschreibung“ entziehe, „sich ihr eigenständiger Beitrag nur schwer isolieren lässt“<sup>42</sup>. Das ist auch ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bewusst. So leitet etwa Björn Lück sein Fazit mit dem Satz ein: „Wirkungen einer sozialen Bewegung zu untersuchen, ist eine analytische und methodische Herausforderung.“<sup>43</sup> Ob alle Autorinnen und Autoren dieser Herausforderung gerecht geworden sind, ist zumindest

<sup>40</sup> S. 109 in diesem Band.

<sup>41</sup> S. 53 in diesem Band.

<sup>42</sup> Gilcher-Holtey, 1968, S. 206.

<sup>43</sup> S. 63 in diesem Band.

zweifelhaft. Die Kommunikations- und Bewegungsforschung mit ihrem spezifischen Begriffsinstrumentarium stößt sehr schnell an Grenzen. Auch hier bleibt es meist bei recht allgemein gehaltenen, ungefähren Zuschreibungen. So liefern die vorliegenden Beiträge gewissermaßen lediglich Indizien für den Zusammenhang von „1968“ und bestimmten politischen und gesellschaftlichen Wandlungsprozessen, wobei das Gewicht der Indizien durchaus unterschiedlich sein kann. Auch deshalb wird die Diskussion um „1968“ weitergehen. Der vorliegende Band ist ein weiterführender Beitrag hierzu, da er politische und gesellschaftliche Bereiche ausleuchtet und intellektuellendiskurse offenlegt, die bisher nicht im Fokus der Betrachtungen standen.



Tim Szatkowski

## Gaddafis Libyen und die Bundesrepublik Deutschland 1969 bis 1982

2013 | 135 S. | broschiert | € 16,80  
ISBN 978-3-486-71870-6



### Zeitgeschichte im Gespräch, Bd. 15

Wirkten die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der Bundesrepublik zu Libyen systemstabilisierend?

Seit 1969 intensivierte die Bundesrepublik ihre wirtschaftlichen, aber auch ihre politischen Beziehungen zu Libyen unter der Herrschaft von Muammar al-Gaddafi. Tim Szatkowski analysiert das deutsch-libysche Verhältnis während der Kanzlerschaft von Willy Brandt und Helmut Schmidt. Der Autor geht dabei der Frage nach, welche Motive so schwer wogen, dass die sozial-liberale Koalition Menschenrechtsverletzungen und die offenkundige Verstrickung Libyens in den internationalen Terrorismus weniger beachtete, als man dies hätte erwarten können. Auf der Basis erstmals ausgewerteter Akten des Auswärtigen Amtes kann heute eine differenzierte Antwort gegeben werden.



Tim Szatkowski, geboren 1976, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin bei der Edition »Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland«.